

in separaten Gesprächen mit den Kabinettsherren das fertigbringen, was Möller zur Flucht in die Öffentlichkeit getrieben hatte. Ängstlich wahrt Hermsdorf strengste Diskretion. „Wenn ich das auf offener Straße diskutiere, schaffe ich es gar nicht.“

Schaffen müßte er einen Etat 1972 von nicht mehr als 110 Milliarden Mark, wie ihn die bisherige mittelfristige Finanzplanung (8,5 Prozent Steigerungsrate) vorschreibt. Noch ist Schillers Sparkommissar ungedeckten Zusatzwünschen für das nächste Jahr in Höhe von zehn Milliarden Mark konfrontiert, von denen allein die Hälfte auf das Konto von Schmidt und Leber gehen und sich bei erster Durchsicht als unabweisbar herausstellen. So mußte Hermsdorf anerkennen, daß von Lebers Zwei-Milliarden-Nachforderung allein 1,7 Milliarden Mark auf steigende Personalkosten der Bundesbahn entfallen.

In der Haushaltsplanung überhaupt noch nicht berücksichtigt sind Devisenausgleichszahlungen an die Vereinigten Staaten von mindestens 1,8 Milliarden Mark, eine neue Bauernhilfe von 1,2 Milliarden Mark und Industriesubventionen in noch unbekannter Höhe, um die Bonn wegen der zu erwartenden weiteren Aufwertung der Mark kaum herumkommt. Auf der Einnahmenseite sind 6,8 Milliarden Mark umstritten, die Länder und Gemeinden vom 1. Januar 1972 an aus der Bundeskasse zusätzlich beanspruchen.

Der unvermeidliche Spar-Rigorismus, dem nach Ansicht der Bonner Finanzexperten jedwedes Reformvorhaben geopfert werden muß, droht freilich nicht nur das Programm des Kanzlers, sondern auch seine Programmierer ins Wanken zu bringen.

Hans Leussink, eigens als Bildungsneuerer berufen, vertraute Freunden an: Wenn sein Programm zu sehr gestutzt werde, müsse er demissionieren.



Minister Leber, Schmidt
Zusatzwünsche ungedeckt

RÖHRENGESCHÄFT

In der Tasche

Zehn Tage lang verhandelten sowjetische Funktionäre in geheimer Mission in Düsseldorf und Essen. Ihr Angebot: zum zweiten Male ein gigantisches Tauschgeschäft mit der deutschen Industrie.

Als Nikolai Ossipow, stellvertretender sowjetischer Außenhandelsminister, vor knapp acht Wochen mit seinen Technokraten nach Moskau zurückkehrte, hatte er die Zusage der deutschen Verhandlungspartner schon in der Tasche. Danach will die Bundesrepublik bereits in neun Jahren ein Drittel ihrer Erdgas-Importe aus Sibirien beziehen.

Bei Besuchen der Ruhrgas AG in Essen, dem Stahlkonzern Mannesmann und dem Vorstandsbüro der Deutschen Bank in Düsseldorf einigten sich Ossipow und seine Gesprächspartner (Mannesmann-Chef Egon Overbeck, Ruhrgas-Generaldirektor Herbert Schellberger und Deutsch-Bankier Wilhelm Christians) auf die Verdoppelung der im letzten Jahr vereinbarten Erdgas-Lieferungen aus der Sowjet-Union — als Tauschgeschäft für einen zweiten Röhren-Großauftrag. Overbeck letzte Woche: „Wir verhandeln noch über Konditionen.“

Das geplante deutsch-sowjetische Milliardengeschäft sieht vor, daß

- ▷ die Essener Ruhrgas AG jährlich vier Milliarden Kubikmeter sibirisches Gas zusätzlich zu den bereits 1970 vereinbarten drei Milliarden Kubikmeter bezieht und gleichzeitig einen Vorvertrag über eine weitere Milliarde Russengas abschließen will;
- ▷ die Mannesmannröhren-Werke AG Großrohre etwa im Gegenwert der Gaslieferungen exportiert und
- ▷ ein von der Deutschen Bank angeführtes Konsortium von Kreditinstituten den Sowjets einen Kredit von schätzungsweise über eine Milliarde Mark für den Kauf der Großrohre einräumt.

Der Röhren-Kredit der Bankiers ist wie im vergangenen Jahr als Überbrückungshilfe gedacht. Denn die Lieferungen der deutschen Großrohre sollen sofort nach Vertragsabschluß beginnen, während das Russengas über einen Zeitraum von 20 Jahren in die Bundesrepublik strömt.

Das Tauziehen um die Kreditkonditionen mit den Bankiers dürfte nun die schwierigste Verhandlungsphase des erneuten Röhren-Kontrakts werden. Schon im letzten Jahr hatten die Russen für ein ähnliches Tauschgeschäft den Zinssatz auf knapp über sechs Prozent (Laufzeit elf Jahre) gedrückt, obwohl damals deutsche Kreditnehmer durch-



Röhren für Sibirien-Gas
Vertragsbrüche vergessen

weg neun Prozent zahlen mußten. Deutsch-Bankier Christians: „Als Kreditgeber verhandeln wir erst in der zweiten Hand.“

Bei dem ersten Geschäft verpflichteten sich die deutschen Vertragspartner, ab 1973 zunehmende Lieferungen Sowjetgas (1978: drei Milliarden Kubikmeter) abzunehmen und bei weiter steigendem Bedarf die Importe um zwei Milliarden zu steigern. Mannesmann lieferte dafür 1,3 Millionen Tonnen Großrohre einschließlich der Ingenieur-Leistungen für den Bau einer 2000 Kilometer langen Pipeline von Sibirien nach Westdeutschland.

Wenn beide Erdgas-Kontrakte nach Schätzung der Fachleute 1980 voll ausgenutzt sind, pumpen die Russen jährlich zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas nach Deutschland, zwei Milliarden mehr, als die Ruhrgas AG aus der größten europäischen Erdgasblase in Holland beziehen wird.

Die Russen wissen, daß der deutsche Bedarf an Erdgas schneller steigt, als im vergangenen Jahr erwartet wurde. Nach internen Schätzungen werden Industrie und Haushalte in zehn Jahren gut 60 Milliarden Kubikmeter Erdgas verbrennen. Vor allem die Elektrizitätswerke melden inzwischen einen weit höheren Bedarf als im letzten Jahr an.

Das erneute Troika-Geschäft — Erdgas, Röhren, Kredite — läßt nun endlich jene Vertragsbrüche vergessen, unter denen der deutsch-sowjetische Handel seit 1963 gelitten hatte. Denn damals wurden auf Anweisung der Nato Röhrenkontrakte zwischen den Stahlkonzernen Mannesmann, Phoenix-Rheinrohr, Hoesch und den Russen durch das sogenannte Röhren-Embargo gelöst.

Mannesmann-Chef Overbeck letzte Woche hoffnungsfroh: „Allein im Interesse der Beschäftigung unserer Werke würden wir den erneuten Abschluß sehr begrüßen.“